

Entwicklung durchmacht. Das bezieht sich auch auf die Entwicklung der Parteien und gesellschaftlichen Organisationen." Insbesondere die Annahme der sozialistischen Verfassung hat für die gewählten Organe und ihre Ausschüsse, für den Ministerrat und die Organe des Staatsapparates, die Nationale Front und die gesellschaftlichen Organisationen große Neuerungen zur Folge.

Alle verfassungsmäßigen Formen und Möglichkeiten des demokratischen Wirksamwerdens der Werktätigen, die wir geschaffen haben und die Schritt für Schritt weiter ausgebaut und vervollkommen werden, haben daher in einem doppelten Sinne Garantiecharakter: Sie sind einmal Garantie dafür, daß der einzelne seine verfassungsmäßig verbrieften Rechte ausüben kann, und sie sind zum anderen Garantie dafür, daß die Initiative der Werktätigen zum Nutzen der gesamten Gesellschaft maximal wirksam werden kann.

Sozialistische Demokratie hat nichts gemein mit bürgerlicher „Gewaltenteilung“ oder mit „Teilung und Kontrolle der Macht“. Wir haben uns im Kampf der Arbeiterklasse um die Errichtung ihrer politischen Macht nicht nur einmal mit der Theorie von der Teilung der Gewalten auseinandergesetzt. Schon in der Novemberrevolution stand diese Frage auf der Tagesordnung. Auch die Weimarer Verfassung verkündete die Teilung der Macht, hat sie sogar zum Musterbeispiel einer parlamentarischen Demokratie erklärt, in der „die Beziehungen der legislativen, exekutiven und gerichtlichen Organe“ auf deren „gegenseitiger Unabhängigkeit und gegenseitiger Kontrolle“ beruhen sollten. Aber diese sogenannte Gewaltenteilung bedeutet doch nichts anderes als die Einschränkung der Rechte des Parlaments und die Gewährleistung der klassenmäßig orientierten selbständigen Tätigkeit der Mehrzahl der von der Bourgeoisie erzogenen Beamten und Beherrscher der Justiz. In der Weimarer Republik war lange Zeit die SPD an der Regierung. Herausgekommen aber ist kein „demokratischer Sozialismus“, sondern die ungeteilte imperialistische Diktatur, herausgekommen ist letztlich der Faschismus. Heute formiert der westdeutsche Imperialismus im Bündnis mit dem amerikanischen Imperialismus seine staatsmonopolistische Herrschaft und nennt sie auch „formierte Herrschaft“. Diese neue Phase der staatlichen Entwicklung ist charakterisiert durch die Notstandsgesetze, die „innere Staatsreform“, „Territorial- und Verwaltungsreform“, die „konzertierte Aktion“ der Herren Strauß und Schiller, die Forderungen nach Stärkung und Festigung der NATO und die Konzentration der Massenmedien in den Händen des Großkapitals — alles läuft auf den Ausbau und die straffe militaristisch-bürokratische Konzentration der Herrschaft der aggressivsten Kräfte des Imperialismus hinaus. Von Gewaltenteilung keine Spur. Lediglich die dekorativen Elemente gewisser Plenar- und Ausschüßtagungen sind übriggeblieben.

Für die sozialistischen Länder jedoch hält man die Lösung von der „Teilung der Macht“ parat. Aber mit wem soll denn das werktätige Volk die Macht teilen? Soll es die Macht mit den Herren in Bonn, den Neonazis und Hitlergeneralen teilen oder mit den Parteigängern der entmachteten Kräfte der Ausbeuterklassen, wie sie in der CSSR aus ihren Löchern hervorgekrochen sind und sich in verschiedenen Klubs organisiert haben, um die Errungenschaften des Sozialismus rückgängig zu machen und die alten Verhältnisse zu restaurieren? Dieses Geschwätz von der Teilung der Macht entstammt der verdeckten Konterrevolution und gehört zum Programm der Globalstrategie des Imperialismus. Wir haben aus der Geschichte des Klassenkampfes die Lehre gezogen, daß es nur eine wirkliche Garantie der Demokratie gibt: Das werktätige Volk muß unter Füh-

rung der einheitlich handelnden Arbeiterklasse dieses volksfeindliche System bürgerlicher Klassenherrschaft, seine Machtgrundlagen in der Wirtschaft beseitigen und selbst die politische und wirtschaftliche Macht in seine Hände nehmen, seinen eigenen, demokratischen Staat aufbauen. Dieser Staat kann nur auf der Grundlage der vollen Machtkonzentration in den Händen der gewählten Volksvertretungen und ihrer engen lebendigen Verbindung mit den Werktätigen und ihren Kollektiven aufgebaut sein. Auf der Grundlage dieser Volkssouveränität erfolgt die demokratische Leitung aller staatlichen Verwaltungsorgane und der Justiz. Das ist auch der Grund dafür, weshalb es in unserer Staatsordnung keinen Platz für Verwaltungsgerichte gibt. Diese Verwaltungsgerichte, die in den kapitalistischen Ländern bestehen, sollen nur die Tätigkeit der Parlamentsausschüsse ersetzen und die Macht der reaktionären Verwaltungsbeamten vermehren.

Sozialistische Demokratie und „Selbstverwaltung“

Man fragt sich, was sich die imperialistischen Ideologen eigentlich denken, wenn sie für den Sozialismus eine Selbstverwaltung der Betriebe oder auch der Städte und Gemeinden Vorschlägen. Eine solche Selbstverwaltung ist ein Widerspruch in sich.

Es ist doch widersinnig, angesichts der Globalstrategie des USA-Imperialismus und seines westdeutschen Gehilfen über den Abbau des Staates unter sozialistischen Verhältnissen zu philosophieren. Man muß beachten, daß die Reste der alten Ausbeuterklasse als antisozialistische Kraft wirken und ein ständiger Einfluß imperialistischer und anderer reaktionärer Ideologien vom Westen erfolgt, was den Aufbau des Sozialismus stört. Der Versuch, die komplizierten Probleme des sozialistischen Aufbaus unter der Losung „Selbstverwaltung“ auf untere Organe einfach abzuwälzen, bringt keinen Nutzen. Auf „Bürokratismus“ zu schimpfen, nützt auch nichts. Es gibt nur einen Weg: die Prinzipien des Marxismus-Leninismus im staatlichen Leben anzuwenden und den demokratischen Zentralismus einzuhalten, weil das die Entwicklung der sozialistischen Demokratie gewährleistet. An Stelle des Redens über „Bürokratismus“ ist es fruchtbringender, aber auch schwerer, die modernen Methoden der sozialistischen Organisationswissenschaft und der Führungstätigkeit anzuwenden und durch die Volksvertretungen zu veranlassen, daß die Mitarbeiter des Staatsapparates befähigt werden, die marxistische Lehre in der Arbeit der Institutionen und in ihrer eigenen Arbeit schöpferisch anzuwenden. Dadurch wird die Entwicklung der sozialistischen Demokratie unterstützt.

Im übrigen, wenn uns die Kapitalisten die Dezentralisierung der wirtschaftlichen Leitung empfehlen und begeistert zum Beispiel für die Tschechoslowakei die Selbstverwaltung propagieren, so ist doch der antisozialistische Pferdefuß offen sichtbar. Die Kapitalisten selbst konzentrieren in Staat und Wirtschaft alle Macht, um die wissenschaftlich-technische Revolution noch besser für die Erzielung von Superprofiten und zur Stärkung ihrer Macht ausnutzen zu können. Für die sozialistischen Länder jedoch empfehlen sie den Abbau des Staates und die Zersplitterung der staatlichen Organe.

Ein sozialistischer Staat, der in der Welt von heute bestehen will, in dem es nicht zuletzt darum geht, die komplizierten Probleme der modernen sozialistischen Industrie und Landwirtschaft unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution mit all ihren sozialen Konsequenzen zu meistern, kann nur ein einheitlicher, festgefügtter Staat mit einheitlicher zentraler Planung und Leitung bei gleichzeitiger Eigenverantwortung der Warenproduzenten und Teilnahme der Werktätigen an Planung und Leitung in Staat und Wirtschaft sein. Ein Betrieb kann heute niemals für sich allein mit